

# **Ökonomisches Übergangsprogramm zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts in der Europäischen Union**

*Paul Cockshott, Allin Cottrell*

---

Dieser programmatische Artikel versucht die wirtschaftlichen Schritte zu skizzieren, die notwendig wären, um eine kapitalistische Wirtschaft wie die der EU in eine sozialistische zu überführen. Wir untersuchen das Problem anhand sehr anschaulicher Begrifflichkeiten und schlagen gezielte politische Maßnahmen vor.

Diese Maßnahmen unterscheiden sich deutlich von der Tradition der Europäischen Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts.

Keynes bemerkte einmal, dass Politiker, ganz gleich ob sie eher vorsichtig oder mutig sind, in der Regel unbewusst den Ideen längst verstorbener Ökonomen unterworfen seien. Politiker, die (wissentlich oder unwissentlich) den Neoliberalismus propagieren, wiederholen die Ideen der reaktionären österreichischen Ökonomen Ludwig von Mises und von Hayek, während sozialistische Politiker, vereinfacht ausgedrückt, die Ideen der schon vor langer Zeit verstorbenen deutschen sozialdemokratischen Ökonomen Kautsky, Bernstein oder Bauer wiederkauen.

## 1. Hintergrund

Die in der Geschichte vorherrschende Sichtweise auf den Sozialismus war die ursprünglich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg entwickelte. Die SPD war die stärkste und einflussreichste Partei innerhalb der Sozialistischen Internationale und ihre Ideen beeinflussten andere Parteien. Dieser Einfluss erstreckte sich sowohl auf die britische Labour-Partei<sup>1</sup> als auch auf die kommunistischen Parteien Europas<sup>2</sup>.

Erst in den 1940er Jahren eröffneten sich der Europäischen Sozialdemokratie (im Gegensatz zur russischen) Möglichkeiten, das ökonomische System zu ändern.

- 
- 1 Wir denken, dass etwa ab der Mitte der 1950er Jahre die britische Labour-Partei „klassischer“ sozialdemokratisch war als die damalige SPD.
  - 2 Lih [3] stellt heraus, bis zu welchem Ausmaß der Leninismus, dem sich die Europäischen kommunistischen Parteien verpflichtet fühlten, tatsächlich nur eine Umbenennung der klassischen deutschen Sozialdemokratie war. Wir sind daran gewöhnt eine große Differenz zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zu sehen. Doch die ursprüngliche Besonderheit des Kommunismus, die Macht durch eine bewaffnete Insurrektion zu übernehmen, wird von den meisten kommunistischen Parteien seit langem nicht mehr verfolgt. Dieses ursprüngliche kommunistische Prinzip wird nur noch von maoistischen Parteien in Asien und Lateinamerika wahrgenommen. Daher sind alle anderen linken Parteien in diesem Sinne sozialdemokratisch. Wenn wir das Wort sozialdemokratisch benutzen, beziehen wir uns daher auf eine Tradition, die vor 1914 existierte. In den fünfziger Jahren gaben die Deutschen Sozialdemokraten das Prinzip des öffentlichen Besitzes von Produktionsmitteln auf. Danach veränderte sich der Begriff und bezeichnete eine Tendenz rechts vom Sozialismus. Sozialisten in der Labour Party in Großbritannien und in der Sozialistischen Partei Frankreichs widersetzten sich dieser späteren Bedeutung von sozialdemokratisch. Die programmatische Verpflichtung der Labour Party von 1918 war: “To secure for the workers by hand or by brain the full fruits of their industry and the most equitable distribution thereof that may be possible upon the basis of the common ownership of the means of production, distribution and exchange, and the best obtainable system of popular administration and control of each industry or service.” Diese Verpflichtung wurde von Tony Blair aufgegeben und die LP verlor jede Beziehung zu dem, was ursprünglich mit Sozialdemokratie gemeint war.

Das Vereinigte Königreich (GB), die neu gegründete DDR, die Tschechoslowakei, Polen und andere unternahmen wirtschaftliche Reformen, die einige gemeinsame Merkmale aufwiesen:

- Schlüsselindustrien wurden in staatlichen Besitz genommen.
- Bildung und Gesundheitsversorgung wurden Teil staatlich garantierter Fürsorge.
- Öffentlicher Wohnungsbau entwickelte sich zur vorherrschenden Form im Bauwesen.
- Es wurden Versuche unternommen, entweder durch Enteignung oder durch Erbschaftssteuern den Großgrundbesitz zu verkleinern und zu schwächen.
- Der Staat verfolgte eine Politik der Vollbeschäftigung.

Es gab natürlich Unterschiede. In Ostdeutschland und der Tschechoslowakei wurde die Landwirtschaft weitgehend unter staatliche Kontrolle gebracht, während in Großbritannien und Polen Staatsgüter eine weitaus geringere Rolle spielten und Interventionen im Vereinigten Königreich hauptsächlich über Wirtschaftsverbände verliefen. Wir konzentrieren uns für eine Weile auf das Vereinigte Königreich, da die Autoren mit diesem besonders vertraut sind, aber auch, weil die britische Wirtschaftspolitik von großer internationaler Bedeutung war.

Der Prozess der Verstaatlichung der Industrie ging in Großbritannien nicht so weit, aber auch dort befanden sich von den späten 1970er Jahren an in staatlichem Besitz u. a.:

- das System der Energieerzeugung und -versorgung: Kohle, Öl, Gas, Kernkraft und Wasserkraft;
- ein Großteil des Verkehrssystems: Straßen, das Schienennetz, Busse, Fluggesellschaften, Flughäfen, Häfen;
- Das Kommunikationssystem: Radio, TV, Post, Telefon;
- ein Großteil des Wohnungsbestandes; und
- viele Schwerindustrien: Stahl, Schiffs- und Flugzeugbau, Automobil-Produktion.

Gleichwohl wurden die alten Produktionsmittel besitzenden Klassen im Westen nicht expropriert und viele Sektoren der Industrie verblieben in Privatbesitz. Starke Betonung wurde gelegt auf Erbsteuern zur eventuellen Expropriation dieser Klassen, doch ihre Fähigkeit, diese Steuerzahlungen zu umgehen, machten diese Politik wenig erfolgreich.

Die Existenz eines derart großen staatlichen Sektors in Kombination mit einer starken Gewerkschaftsbewegung hatte von der Mitte der 1970er Jahre an ernsthaft die Lebensfähigkeit der übrigen kapitalistischen Teile der Wirtschaft bedroht, was sich in einer schweren Krise der Rentabilität niederschlug. Es gab eine lebhafte Debatte innerhalb der britischen Sozialdemokratie, was zu tun sei. Sollte die Krise durch stärkere staatliche Kontrollen über Preise und Einkommen unter Beibehaltung des bestehenden privaten Sektors gelöst werden? Oder sollte sie durch die Ausweitung staatlichen Besitzes und die Einführung einer neuen staatlichen Investitionsbank zur Ankurbelung der Investitionen gelöst werden?

Die Labour-Partei war vollständig paralysiert und unentschlossen und wurde 1979 durch eine radikale neoliberale Regierung, angeführt von Frau Thatcher, ersetzt. Dies kehrte viele der sozialdemokratischen Reformen, die nach 1945 gemacht worden waren, um, mit dem ausdrücklichen Ziel der Rückkehr zu einer klassischen liberalen kapitalistischen Wirtschaft. Innerhalb eines Jahrzehnts setzte sich neoliberale Politik nicht nur in Großbritannien, sondern in allen europäischen Ländern durch, in denen zuvor eine „klassische sozialdemokratische“ Wirtschaftspolitik am einflussreichsten war. Paradoxerweise war die Bundesrepublik Deutschland, in denen die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik weniger Fortschritte hatte machen können, einer der letzten Staaten, die zum Neoliberalismus übergingen.

Jetzt im 21. Jahrhundert und angesichts der schwersten Krise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren gibt es eine historische Chance, die ursprünglichen Ideale und Ziele der sozialistischen und demokratischen Arbeiterbewegungen wieder zur Geltung zu bringen. Aber dies kann nicht einfach in eine Wiederholung der Vergangenheit münden. Der Ansatz, den wir zu entwickeln versuchen ist eine Alternative, die sich in folgender Weise vom früheren europäischen Sozialismus unterscheidet:

1. Wir stellen nicht länger die Verstaatlichung der Industrien in das Zentrum unserer Anliegen und ersetzen dies durch die positive Geltendmachung der Rechte der Arbeit, ihren vollen Anteil an der Wertschöpfung zu erhalten.
2. Wir schlagen eine radikale Umstrukturierung der Geldpolitik vor, um die gesamte Wirtschaft in Richtung einer nicht auf Geld, sondern auf Zeit basierten Äquivalenzwirtschaft voranzutreiben.
3. Wir stellen uns diesen Prozess nicht auf der nationalstaatlichen Ebene vor, sondern im Rahmen einer demokratisierten Europäischen Union.

Wenn eine Gesellschaft den Übergang zum Sozialismus beginnt, müssen Entscheidungen gefällt werden und man muss eindeutig zwischen Alternativen wählen. Falsche Entscheidungen könnten zu einer Kreisbewegung führen. Auch wenn man den Sozialismus anstrebt, kann man letztendlich auf einem Weg landen, der einen möglicherweise wieder zum Kapitalismus zurückführt.

Wir alle wissen, dass dies der Weg mehrerer sozialistischer Versuche im 20. Jahrhundert war. Das Schlimmste ist, dass die Implikationen von Entscheidungen nicht unmittelbar zu der Zeit ersichtlich sind, in der sie gefällt werden. Dies bedeutet, dass oft noch bis in den letzten Augenblick hinein Menschen im Glauben begriffen sein können, weiter auf dem richtigen Weg zu sein.

Fassen wir die wichtigsten Merkmale unserer Konzeption vom voll entwickelten Sozialismus zusammen:<sup>3</sup>

1. Die Wirtschaft wird auf die gewollte und bewusste Anwendung der Arbeitswerttheorie gegründet, wie sie von Adam Smith und Karl Marx entwickelt wurde. Nach diesem Modell bemisst sich der Preis der Konsumgüter nach der Menge der Arbeitsstunden und -minuten, die zu ihrer Herstellung nötig sind, und jede/r Arbeitnehmer/in wird mit Arbeitsgutscheinen für jede geleistete Arbeitsstunde bezahlt. Die konsequente Anwendung dieses Prinzips schließt jede Form wirtschaftlicher Ausbeutung aus.
2. Die Industrie befindet sich in öffentlichem Besitz und wird gemäß einem Plan geführt – nicht zur Erzielung von Profit. Der Großhandel zum Beispiel würde eher ausgeglichene Bilanzen denn Gewinne anstreben. Wir stellen uns den Prozess des Übergangs zu staatlich geführten Unternehmen als einen graduellen vor, der eher *nach* als vor der Abschaffung des derzeitigen Lohnsystems einsetzen wird.
3. Entscheidungen werden demokratisch getroffen, auf der lokalen, der nationalen und der supranationalen Ebene der Union. Dies gilt insbesondere für Entscheidungen über das Niveau der Besteuerungen und der Staatsausgaben. Eine derartige demokratische Entscheidungsfindung ist von zentraler Bedeutung, wenn vermieden werden soll, dass private Ausbeutung lediglich durch eine solche des Staates ersetzt wird.

---

3 Ausführlich in unseren Arbeiten [1] und [2].

Darüber hinaus nehmen wir Marx' Aphorismus ernst, dass die Befreiung der arbeitenden Klassen das Werk der arbeitenden Klassen selbst sein muss. In gewisser Weise haben wir dies bereits mit unserer Befürwortung direkter partizipativer Demokratie statt einer Kabinetts- oder Parteienregierung zum Ausdruck gebracht. Aber es hat auch mit unserer Auffassung darüber zu tun, wie ein Übergang zum Sozialismus zu erfolgen hat. Anstelle der alten sozialdemokratischen Fokussierung auf direkte Einwirkung des Staates in Form von Verstaatlichung und der Übernahme privater Unternehmen befürworten wir die Schaffung positiver gesetzlicher Rechte der Arbeit. Diese Rechte bereiten der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ein Ende, wenn sie kollektiv von den ArbeiterInnen ausgeübt werden.

## *2. Geld und Ausbeutung*

Die europäische Wirtschaft wird zu dem Zeitpunkt, an dem die sozialistische Bewegung an die Macht kommt, immer noch auf Geld gegründet sein. Im Kapital zeigte Karl Marx, wie das Geld mit den Grundübeln des Kapitals ursächlich verbunden ist. Das Wesen des Kapitalismus besteht darin, mit einem bestimmten Betrag Geldes am Anfang des Jahres zu beginnen, um mit einem größeren Betrag das Jahr zu beenden. Marx bezeichnete dies mit der Formel  $G \rightarrow G'$ , wobei  $G$  zum Beispiel 1.000.000 € und  $G'$  dann 2.000.000 € darstellen könnten.

Da Kapitalisten mehr Geld haben als die arbeitende Bevölkerung, können sie mit diesem Geld Arbeitnehmer gegen Lohn einstellen. Wie Adam Smith herausstellte, stehen Arbeitnehmer bei jeder Abmachung über den Preis ihrer Arbeit immer in einer schwächeren Position da als die Arbeitgeber. Ihre Gehälter liegen deutlich unter den von ihnen während einer Arbeitswoche geschaffenen Werten. Da der Kapitalist das Produkt für einen höheren Wert zu verkaufen vermag als er sie in Löhnen auszahlt, wird er reicher und reicher, während die Arbeitnehmer so arm bleiben wie eh und je. Dieser Prozess ist die Grundursache für den Unterschied zwischen Arm und Reich.

Darüber hinaus gibt es eine abgeleitete Form der Ausbeutung, die es den Kapitalisten ermöglicht ihr Geldvermögen zu erhöhen: Verleihen von Geld gegen Zins. Dieses Verfahren erlaubt dem Gläubiger Jahr für Jahr reicher zu werden, ohne irgendetwas dafür zu tun. Dieser Prozess hat in den entwickelten kapitalistischen Ländern zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Ausweitung der Kreditvergabe in den letzten 30 Jahren bedeutet für die große Masse der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht verschuldet zu sein und von den Banken und Kreditkarten-Unternehmen ausgebeutet zu werden. Die neoliberale Politik der letzten Dekaden hat die Kluft zwischen Armen und Reichen weiter geöffnet. Ein Großteil des gesellschaftlichen Einkommens ist nun in wenigen Händen konzentriert. Die Reichen tendieren dazu, einen bedeutenden Teil ihres Einkommens zu sparen. Daher hätte es nicht genügend Konsumnachfrage gegeben die Ökonomie am Laufen zu halten, hätte man nicht den Kredit ausgeweitet. Das System braucht Beschäftigte, die konsumieren. Aber um einen Profit zu machen, dürfen diese nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Wertes erhalten.

Die Reichen verleihen daher eines Teils des Werts, den sie den Beschäftigten abgenommen haben, an die Beschäftigten. Doch dieser Prozess hat seine Grenzen. Irgendwann ist die Schuldenlast nicht mehr zu tragen.

Davon abgesehen, dass sie die Ausbeutung fördert, ist eine monetäre Marktwirtschaft unfähig zu einem planvollen Umgang mit Ressourcen, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu decken. In der EU – anders als zum Beispiel in der UdSSR – wird ein Großteil der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen über den Markt geregelt. Dies ist nicht unbedingt schlecht, da es in begrenztem Umfang erlaubt, die Versorgung den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Der Nachteil ist, dass die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen systematisch durch die Wünsche und Bedürfnisse der Reichen verzerrt wird. Der EU mangelt es derzeit an Mechanismen, durch die die Struktur der Wirtschaft im Ganzen bewusst und sozial geregelt werden könnte, um den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen zu sein und den Bedürfnissen aller Bürger gleichermaßen zu entsprechen.

### 3. Wie der Übergang zu bewerkstelligen ist

Wir wenden uns jetzt den besonderen politischen Maßnahmen zu. Ihre schrittweise Erklärung macht verständlich, wie sie zum Erreichen der von uns beschriebenen großen Ziele beitragen.

#### 3.1 Währungsreform.

Die europäische Geldpolitik wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) beherrscht. Diese außerhalb jeglicher demokratischen Kontrolle operierende Institution ist mit der Gewährleistung der monetären Rahmenbedingungen für die fortgesetzte Reproduktion des europäischen Kapitalismus beauftragt. Die Beseitigung aller demokratischen Kontrollen der Bank und die Anordnung einer streng antiinflationären Politik stellen einen der wichtigsten Siege des Liberalismus am Ende des 20. Jahrhunderts dar. An sich ist Inflation nicht zwangsläufig gegen die Interessen der Armen und der Arbeiterklasse gerichtet, vorausgesetzt, dass die Löhne an das Preisniveau gekoppelt bleiben. Am stärksten ist von der Inflation die Klasse der Rentiers betroffen, deren Geldvermögen und verzinslichen Aktiva abgewertet werden. Insofern diese Personen per se Gegner des Sozialismus wären, braucht sich eine sozialistische Regierung keine Sorgen über deren finanzielle Verluste zu machen, wohl aber über die anderen sozialen Effekte der Inflation.

Ungewissheiten über künftige Preise können zu einer gesellschaftlichen Psychologie der Instabilität und infolge dessen zu einem Vertrauensverlust in die soziale Ordnung führen. Allein schon aus dem Grunde wäre es wünschenswert, wenn eine sozialistische Regierung in Europa eine Politik der Preisstabilität verfolgt. Und in der Tat sind unsere Vorschläge, Geld durch Arbeitsgutscheine zu ersetzen, gleichbedeutend mit einer langfristigen Politik der sinkenden Preise.

Gemessen am Ziel des Aufbaus einer sozialistischen, auf äquivalenter Bezahlung der Arbeit basierenden Wirtschaft ist die Währungsreform ein Schritt in diese Richtung. Wir empfehlen, die EZB einer gesetzlichen Verpflichtung zur Aufrechterhaltung eines *stabilen, auf dem Arbeitsaufkommen gründenden Währungswertes* zu unterstellen. Ein Prototyp hierfür könnte die erfolgreiche Geldpolitik der britischen Labour-Regierung nach 1996 sein. Zu dieser Zeit unterstellte die Regierung die Geldpolitik einem Ausschuss von Wirtschaftsexperten (Monetary Policy

Committee) und nicht Politikern und verpflichtete diesen rechtlich, die Einhaltung einer bestimmten Inflationsrate zu garantieren. Man glaubte, dass diese Politik streng deflationär sein würde, doch das war nicht der Fall. Unter anderem, weil der Ausschuss gesetzlich dazu verpflichtet war, sowohl eine Deflation als auch eine Inflation zu vermeiden.<sup>4</sup>

Unser Vorschlag unterscheidet sich von der britischen Politik vor allem in der Zielvorstellung – vor allem in der Festlegung des Wertes des Euro über den Arbeitswert und nicht bezüglich des Lebenshaltungskostenindex – und in der demokratischen Zusammensetzung des Wert-Ausschusses, der die EZB kontrollieren soll. Das Ziel liegt darin, den Wert des Euro festzulegen über die durchschnittliche Zahl von in Produkten realisierten Arbeitsstunden, die eine Arbeitsstunde kaufen würde. Es gibt bereits wohlerprobte Techniken, die mittels nationaler Input-Output-Tabellen die Äquivalenz von Geld und Arbeitszeit ermitteln können. Unser Kollege Carsten Stahmer erklärt diese Tabellen. Wenn 2009 eine Stunde etwa 30 Euro wert war und der Wertausschuss dieses Verhältnis stabilisieren wollte, dann müsste er jeweils mehr oder weniger Euros drucken, um den Tausch verkörperter Arbeit gegen Euro konstant zu halten.

Kapitalistische Zentralbanken versuchen Inflation durch eine Anpassung des Zinssatzes zu kontrollieren. Ist die Inflation zu hoch, heben sie die Zinssätze an. Im Effekt werden so Investitionen erstickt, die Nachfrage gesenkt und dadurch der Inflationsdruck verringert. Wären Zinsen verboten, wie wäre das Preisniveau dann zu regulieren? Oder hinsichtlich des zuvor Erörterten: wie würde das Wert-Komitee garantieren, dass der in Arbeitsquanten ausgedrückte Wert des Euro stabil gehalten wird?

Ein alternativer Kontrollmechanismus wäre, den gesamten Umfang an Darlehen und/oder die maximale Laufzeit der Kredite anzupassen. Die Zentralbank könnte den Umfang und maximale Laufzeiten für Darlehen begrenzen. Wenn zum Beispiel das Wert-Komitee den Wert der Währung gefährdet sieht, könnte es die Verfügbarkeit über Kredite begrenzen oder die Frist für Darlehen verkürzen. Wenn Leihfristen von 10 auf 5 Jahre verkürzt würden, dann würden die Monats-Tilgungsraten, ebenso wie heute die Zinssätze, steigen.

---

4 Wir würden diese Ziele nicht gänzlich unterstützen. Insbesondere das Scheitern des MPC, sein Mandat auf die Überwachung des Handelsgleichgewichts hin zu erweitern, trug sicherlich zum fatalen Aufbau der überseeischen Schulden bei.

Ein weiteres Mittel zur Preisregulierung ist die Steuerpolitik. Papiergeld wie der Euro ist an sich wertlos, nicht mehr als bedrucktes Papier. Es bezieht den ihm beigemessenen Wert aus der Tatsache, dass ein Staat (oder ein Staatenbund) seine eigene Währung für die Begleichung der Steuerlast akzeptiert. Die Tatsache, dass Menschen Geld brauchen, um ihre Steuern zu zahlen, nötigt sie dem Geld Wert beizumessen. Wenn Regierungen weniger besteuern als sie ausgeben, wird die Geldmenge ansteigen und so zu einer Inflation führen. Der zweite Weg der Preisregulierung während der Übergangsphase zum Sozialismus ist folglich die Feinabstimmung der Steuersätze.

Die Gründe für diese Zielvorstellung sind:

1. In dem Maße, in dem die Arbeitsproduktivität steigt, wird ein Euro, ausgedrückt in Arbeitsstunden, in seiner Kaufkraft jährlich steigen und so die Lebenshaltungskosten verringern.
2. Sobald der Wert des Euro einmal hinsichtlich des Arbeitswertes stabilisiert ist, sollte der Arbeitswert auf den Euro-Noten in Stunden und Minuten angegeben werden. Dieser Schritt wäre ein Akt revolutionärer Pädagogik. Er würde allen Beschäftigten deutlich offenbaren, wie sehr das bestehende System sie betrügt. Angenommen eine Arbeitnehmerin hat eine wöchentliche Arbeitszeit von 45 Stunden. Sie wird in Euro bezahlt und stellt fest, dass der auf den Euros ausgedruckte Wert (Arbeitszeit) nur 20 Stunden entspricht. So wird sie sich unmittelbar bewusst, dass sie jede Woche um 25 Stunden betrogen wird. Diese Erfahrung wird dazu beitragen, sozialistisches Bewusstsein zu fördern und eine öffentliche Meinung zu schaffen, die anderen sozialistischen Maßnahmen positiv gegenüber steht.
3. In einer letzten Phase würde der Euro umbenannt und neu definiert werden – als Ausdruck von Arbeitszeit. Er wäre keine übertragbare physische Währung mehr. Die Menschen würden eher über elektronische Guthaben verfügen, ausgedrückt zum Beispiel in einer europäischen Standard-Arbeitsstunde, die gegen Waren mit gleichem Arbeitswert eingelöst werden könnten, die aber nicht für private spekulative Transaktionen verwendet werden könnten.

Anstatt nur über einen Ausschuss von Ökonomen zu verfügen, der den Wert des Euro reguliert, beinhaltet das Prinzip partizipativer Demokratie, dass das Wert-Komitee sowohl aus Ökonomen als auch aus Vertretern der europäischen Öffentlichkeit bestünde, die nach dem Jury-Prinzip ausgewählt werden.

Das Wert-Komitee muss Erhebungen darüber leiten, wieviel Arbeit jeweils in bestimmten Branchen geleistet und wieviel zusätzlicher Geldwert in diesen Branchen produziert wurde, um seine Stabilisierungspolitik durchzuführen. Die Definition des zusätzlichen Geldwertes wäre die gleiche, die heute benutzt wird, um die Mehrwertsteuer zu berechnen.

### *3.2 Reform der Buchführungsstandards und Druck für faire Preise.*

Alle Firmen müssen heute Bilanzen führen. Der Staat sollte diese Bilanzen nur anerkennen, wenn gleichzeitig Arbeitszeit-Bilanzen erstellt und alle Produkte mit ihrem Arbeitswert gekennzeichnet werden.

Zunächst müssen Unternehmen nicht gesetzlich dazu verpflichtet werden ihre Waren zu deren wahren Wert zu verkaufen. Sie könnten versuchen, sie zu einem Preis zu verkaufen, der über oder unter dem tatsächlichen Wert läge. Aber da die Verbraucher nun bemerken würden, wenn ihnen zu viel berechnet wurde, werden diese dazu neigen Unternehmen zu meiden, die Waren über deren eigentlichem Wert verkaufen. Auf diese Weise kann psychologischer und Verbraucher-Druck auf die Unternehmen ausgeübt werden, die zu hohe Preise verlangen. Dies stellt einen weiteren Akt sozialistischer und Bewusstsein schaffender Massen-Pädagogik dar.

In einer frühen Phase des Übergangs, bevor alle Waren mit ihrem Arbeitswert auf den Preisschildern gekennzeichnet sind, werden die Unternehmen den Gütern, die sie erwerben, Arbeits-Werte zurechnen müssen, in dem sie den offiziellen Umrechnungskurs zwischen Euro und Arbeitsstunden verwenden. Sie werden den Arbeitswerten der von ihnen erworbenen Ressourcen die Anzahl der Arbeitsstunden hinzurechnen, die von ihren Mitarbeitern geleistet wurden, um den Arbeitswert für das jeweilige Endprodukt zu erhalten.

Auf der Ebene nationaler und unionsweiter Berechnungsgrundlagen sollte die EU auch ein duales System der Rechnungslegung haben, eben das der Arbeitszeit- und monetären Bilanzierung. Denn auf der Ebene der EU-Wirtschaftspolitik gibt es viele Aspekte, bei denen Arbeitszeitberechnungen

weitaus aussagekräftiger wären als monetäre, z.B. bei der Kalkulierung der Budgets, die notwendig sind um Vollbeschäftigung zu erlangen. Dies ist besser zu kalkulieren, in dem man den Arbeitsverbrauch vergleicht mit den Arbeitsreserven, die in Form der Arbeitslosigkeit existieren. Monetäre Berechnungen verdecken die Tatsache, dass staatliche Wirtschaftspolitik in Wirklichkeit nur eine Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit darstellt. Das Geld ist der Schleier, hinter dem reale Arbeitszuweisung erfolgt. Zusätzlich wären physische Input-Output-Tabellen notwendig, die die Kohlendioxid-Produktion kalkulieren.

### *3.3 Verankerung der Rechte der Arbeitnehmer im Gesetz.*

Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass in der kapitalistischen Welt der Geldwert der Güter überwiegend durch die in ihnen enthaltene Arbeit bestimmt wird. Studien fanden heraus, dass in den meisten Volkswirtschaften die Korrelation zwischen Arbeitswerten und Preisen bis zu 95 % oder mehr beträgt. So wird Adam Smith's wissenschaftliche Hypothese, dass die Arbeit Quelle allen Wertes sei, nun auch statistisch verifiziert. Diese wissenschaftliche Tatsache sollte gesetzlich umgesetzt werden.

#### *3.3.1 Das Recht, nicht ausgebeutet zu werden.*

Das europäische Recht sollte anerkennen, dass Arbeit die alleinige Quelle des Wertes ist und dass folglich Arbeiter und ihre Gewerkschaften einen rechtlichen Anspruch gegenüber ihren Arbeitgebern haben, wenn ihnen weniger als der volle Wert ihrer Arbeit(szeit) ausgezahlt wird.

Betrachtet man die oben vorgestellten Maßnahmen und den aus ihnen folgenden Edukationseffekt, sollte es relativ einfach sein, ein Referendum über ein solches Gesetz durchzuführen.

Ein solches Gesetz würde eine große Mobilisierungswelle unter den Arbeitnehmern auslösen, da sie und ihre Gewerkschaften versuchen würden Betrug und Täuschung ein Ende zu setzen, denen sie und ihre Vorfahren so lange unterworfen waren. Zudem würde es zu einem starken Anstieg der Reallöhne führen, was wiederum die Unterstützung für die sozialistische Regierung festigte. Auf der anderen Seite müssten Arbeitgeber hinsichtlich ihrer unverdienten Einkommen drastische Verminderungen hinnehmen. Tätige Unternehmensleiter/-manager wären selbstverständlich weiterhin

rechtlich befugt, für die Stunden, die sie in der Verwaltung des Unternehmens arbeiten, wie jede/r andere Mitarbeiter/in bezahlt zu werden. In dieser Phase der Entwicklung des Rechts auf volle Aneignung des produzierten Wertes würden weiterhin Unterschiede im Lohn existieren. Dieses Recht wäre das kollektive Recht der Beschäftigten als solcher innerhalb einer Firma. Solch ein System würde unzweifelhaft einen starken moralischen Druck auf die Gleichstellung der Lohnniveaus ausüben, doch der Prozess seiner Realisierung würde über kollektive Verhandlungen und zukünftige Bürgerrechtsgesetzgebung durchgesetzt werden.

Die Gerichte, vor denen solche Ansprüche geltend gemacht werden, müssten eher von Geschworenen als von Berufsrichtern geleitet werden. Geschworene, die aus allen Schichten der Bevölkerung stammen, sind wahrscheinlich weniger durch die besonderen Interessen der Arbeitgeberklasse beeinflusst als Richter, deren soziale Stellung dieser Klasse sehr nahe ist.

### *3.3.2 Das Recht auf Wirtschaftsdemokratie.*

Im vorhergehenden Abschnitt ist die Rolle des Staates hervorgehoben worden, der es der Arbeiterbewegung kollektiv ermöglicht der Ausbeutung vorzubeugen. Wenn Gewerkschaften einmal erfolgreich vor Gericht klagten, um den Arbeitern den vollen von ihnen geschaffenen Wert zuzuerkennen, bestünde die Gefahr, dass einige Unternehmen schließen und Arbeiter zu entlassen versuchen, statt ihre Geschäfte fortzuführen. Insofern müsste eine auf den Schutz der Arbeitsrechte zielende Gesetzgebung auch das Recht der Arbeiter einschließen, nach einer angemessenen Abstimmung die Mehrheit des Unternehmensvorstands selbst zu wählen.

Die kumulative Auswirkung der bisher skizzierten Maßnahmen wäre im Wesentlichen die Abschaffung kapitalistischer Ausbeutung am Arbeitsplatz, zumindest auf kurze Sicht. Langfristig würde es Schwierigkeiten geben, wenn nicht auch andere Maßnahmen getroffen werden, auf die wir später eingehen.

### *3.4 Die Beseitigung anderer Formen der Ausbeutung*

Neben der Ausbeutung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber gibt es andere Formen nicht erarbeiteten Einkommens. Die bedeutsamsten von ihnen sind Zinsen und Bodenrente (Pacht).

### 3.4.1 Wucher

Zinsen als ein Mittel aus Geld selbst Geld zu machen, galten seit Jahrtausenden als sündhaft. Philosophen wie Aristoteles verurteilten und päpstliche Enzykliken untersagten sie. Das islamische Recht verbietet sie in muslimischen Ländern noch immer. Aber in den kapitalistischen Ländern war die gesellschaftliche Macht der Banken und anderer Geldverleiher derart, dass diese moralischen Bedenken in Vergessenheit gerieten.

In den kapitalistischen Ländern, die sehr schnell der Industrialisierung unterzogen wurden, wie zum Beispiel Japan in den 1950er und 1960er Jahren, diente das Verleihen von Geld gegen Zinsen einem notwendigen wirtschaftlichen Zweck, da es erlaubte, die Ersparnisse der Bevölkerung über die Banken zur Finanzierung der Industrialisierung weiterzuleiten. Sobald ein Land aber einmal industrialisiert ist, finanzieren Firmen den größten Teil ihrer Investitionen aus internen Gewinnen. Ja, normalerweise machen sie sogar mehr Gewinn als sie zu investieren wissen. Anstatt dass sie Banken beleihen, erwirtschaften Industrieunternehmen einen finanziellen Überschuss, den sie selbst wiederum den Banken leihen. Die Banken leiten diesen finanziellen Überschuss der Unternehmen dann in Form von Darlehen an Verbraucher oder die Regierungen weiter. Das Verleihen von Geld gegen Zins verliert die vorübergehend fortschrittliche Funktion, die sie während der Industrialisierung hatte und beginnt wieder zu werden, was Moral und Religion ursprünglich verurteilten: Wucher.

Sozialismus schafft die Zinsen als eine Form von Einkommen ab. In ihm gibt es keine Klasse von Menschen, die keiner Arbeit nachgehen und nur von den Zinsen aus ihren Vermögen leben (Rentiers). Es ist also klar, dass eine Regierung, die ernsthaft dem Sozialismus entgegenstrebt, irgendwann Rechtsvorschriften erlassen muss, die das Verleihen von Geld gegen Zinsen unterbinden. Sie könnte z. B. vorschreiben, dass die Verzinsung von Schulden zivilgerichtlich nicht eingeklagt werden kann. Sie könnte schwere strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen verhängen, die mittels Schadenandrohungen versuchen Zinsen zu erpressen.

Bevor dies jedoch umgesetzt werden kann, muss eine sozialistische Regierung Ersatz schaffen für die wirtschaftlichen Funktionen, die derzeit noch durch Darlehen und Verzinsung geleistet werden.

### 3.4.2 Grundrente (Pacht)

Die Grundrente ist eine weitere Art der Ausbeutung. Sozialisten halten sie für unmoralisch, da Grundbesitzer sich selbst nicht durch eigene Arbeit, sondern durch die Arbeit anderer und die von der Natur begrenzt zugewiesene Ressource „Land“ bereichern. Die Grundrente ist jedoch ein unausweichliches Phänomen in einer Waren produzierenden Gesellschaft. Sobald Produkte existieren, ganz gleich ob Rohöl oder Mais, und die Effizienz ihrer Produktion von dem jeweils nutzbaren Land abhängt, werden auch Einkommen aus der Grundrente entstehen.

In einer sozialistischen Wirtschaft kommen alle Einkommen aus Grundrenten (Pacht, Mieten) dem Staat zugute und sollten für das Wohl der Gemeinschaft im Allgemeinen verwendet werden. Sozialistische Staaten haben zwar in der Regel das Land verstaatlicht, jedoch nicht immer eine Grundrente für die Nutzung des Bodens eingefordert. Im Falle der Rohstoffgewinnung machte dies keinen Unterschied, insofern Staatsunternehmen hierüber Verantwortung trugen und Mieten nur einen fiktiven Transfer zwischen einzelnen Abteilungen des Staates dargestellt hätten. Unterlässt man es, landwirtschaftliche Mieten für Betriebe einzufordern, steigen jedoch die Einkommensunterschiede zwischen fruchtbaren und weniger fruchtbaren landwirtschaftlichen Regionen.

Es ist müßig zu diskutieren, ob die Verstaatlichung von Land heute in Europa populär wäre. Eine ökonomische Alternative, welche langfristig eine ähnliche Wirkung erzielen würde, wäre die Einführung einer Bodensteuer auf den Mietwert des Bodens. Das ist eine alte populäre Forderung, die ursprünglich von Henry George vorgeschlagen wurde.

Der Schwellenwert für die Abgabe dieser Steuer könnte hoch genug angesetzt werden, um sicherzustellen, dass Kleinbauern nichts oder nur einen symbolischen Betrag zu zahlen hätten, aber für größere fruchtbarere Ländereien könnte er auf einem Niveau festgesetzt werden, auf welchem der größte Teil der Grundrente steuerlich an die öffentlichen Haushalte abgeführt wird. Die Auswirkungen auf die Großgrundbesitzer wären denen einer Verstaatlichung des Landes ähnlich, da diese in beiden Fällen ihr nicht erarbeitetes Einkommen verlieren, welches der kommunalen Nutzung zur Verfügung gestellt wird. In ideologischer Hinsicht wird es für sie aber schwerer sein eine eventuelle Steuerhinterziehung zu rechtfertigen, als eine Propagandakampagne des Widerstands gegen eine Enteignung durchzuführen.

### 3.5 Die Investition

Es wird weiterhin nötig sein, neue Investitionen zu finanzieren. Im Laufe der Krise von 2008 wurde es für einige europäische Staaten notwendig, die Kontrolle über große Teile des Bankensystems zu übernehmen. Von dieser Grundlage aus ist ersichtlich, dass Investitionen prinzipiell durch zinslose Darlehen von staatlich kontrollierten Banken getragen werden könnten. In einer Rezession wird es jedoch wichtig, die Verfügbarkeit von Krediten sicherzustellen, so dass selbst kapitalistische Regierungen gezwungen sind dem Bankensystem Kontrollen aufzuerlegen. Geschieht dies jedoch nicht mit Bedacht, wird die daraus resultierende Erweiterung der Geldmenge zu der Art verdeckter Inflation führen, die in der UdSSR herrschte.

Investitionen auf Kredit ruhen auf der Illusion, dass die Kosten für die Investition in die Zukunft verschoben werden können. Während dies für einen einzelnen Kreditnehmer zutreffen mag, muss für die Gesellschaft als Ganzes gelten, dass heutige Investitionen unter Nutzung der heutigen Arbeit getätigt werden müssen. Als Gesellschaft können wir künftige Generationen nicht in der Zeit zurückreisen lassen, um für uns zu arbeiten. Sozialistische Volkswirtschaften sollten sich daher überwiegend auf Steuereinnahmen zur Finanzierung von Investitionen konzentrieren.

### 3.6 Verschuldung und die Kreditkrise

Voll entwickelte kapitalistische Volkswirtschaften haben ein eingebautes Einsturz-Potential, weil die besitzenden Klassen dazu tendieren, mehr Einkommen zu haben als sie ausgeben können. In den frühen Phasen industrieller Entwicklung wird dieses Mehreinkommen über die Banken zur Finanzierung realer Investitionen kanalisiert. In dem Maße, in dem die Arbeitsreserven aufgebraucht werden, unterliegen zunehmend kapitalintensivere Investitionen dem Gesetz abnehmender Renditen und werden so weniger profitabel. Wenn Investitionen das gesamtwirtschaftliche Sparaufkommen nicht ausreichend auszugleichen vermögen, ist ein gesamtwirtschaftlicher Einsturz vorprogrammiert.

Die keynesianische Lösung hierfür war, die besitzenden Klassen zu besteuern und den Erlös zur Finanzierung öffentlicher Projekte zu nutzen,

um so die Wirtschaft am Leben zu erhalten. Der seit 1980 praktizierte neoliberale Ansatz zielte auf Steuersenkungen für die besitzenden Klassen, während zugleich die Regeln für Verbraucherkredite großzügig gelockert wurden. Beide Lösungen funktionierten für eine Weile.

Die Kredit-Krise des Jahres 2008 markierte einen Wendepunkt für das neoliberale Modell. Die Kreditvergabe wurde so weit ausgedehnt, dass das Verhältnis von Schuldtiteln zum Realeinkommen nicht aufrecht erhalten werden konnte. Das Ergebnis war eine generelle Krise des Bankensektors.

Statt dass man Banken untergehen ließ, rettete der Staat sie mit Bürgschaften. Regierungen brachten ihre Erleichterung darüber zum Ausdruck, dass ihr Handeln einen vollständigen Zusammenbruch verhindert hätte, aber der Preis hierfür war ein Ansteigen der öffentlichen Verschuldung wie nie zuvor in Friedenszeiten. Stand irgendeine andere Politik zur Verfügung?

Ja, es gab durchaus eine alternative Politik. Die insolventen Banken hätte man einfach untergehen lassen können. Die Einlagensicherungsprogramme waren sehr großzügig. Nur eine kleine Minderheit der Bankkunden hatte mehr als die gesicherte Einlage auf ihrem Konto. Die Mehrheit hätte nichts verloren, wenn die Banken untergegangen wären. Die meisten Kunden haben nur geringe Mengen an Bargeld, aber ein paar sehr Reiche haben zig Millionen angelegt. Für sie waren die hinterlegten Bürgschaften praktisch wertlos.

Die Billionen Euro schwere Rettungsaktion wurde durchgeführt, um die Ansprüche dieser wenigen sehr reichen Anleger zu schützen. Wären alle Einlagen oberhalb der Garantie verschwunden, wäre das Klassensystem bedroht. Denn wie schon Adam Smith sagte: was ist Geld anderes als die Macht, über die Arbeit anderer zu verfügen? Milliarden auf einem Bankkonto spielen die Rolle eines Adelspatents im Feudalismus. Moderne Großfürsten wie wie Lakshmi Mittal oder die Albrechts haben ihre Titel auf der Festplatte einer Bank anstatt auf Pergament, aber wie ihre Vorgänger bestimmen sie über das Leben und die Arbeit von Hunderttausenden.

Hätten die Banken alle ihre Geschäfte geschlossen, wären Käufe über Kredit- und Scheckkarten unmöglich geworden. Doch statt sie untergehen zu lassen, hätte man ein Moratorium (Jubilee) verfügen können. Es wären

alle Schulden vor dem Stichtag als rechtlich unwirksam erklärt worden, ausgenommen den bescheideneren, staatlich garantierten Einlagen. Diejenigen, die sich ablacken, um ihre Hypotheken und Kreditkartenschulden zu tilgen, wären befreit worden. Der Steuerzahler wäre von der erdrückenden Last der Staatsschulden befreit und überraschenderweise wären die Banken absolut zahlungsfähig geworden. Ihre Verbindlichkeiten wären relativ zu ihren Barreserven geschrumpft. Die Industrie wäre in Privatbesitz geblieben. Aber die Abschaffung der Schulden, die eine radikale Maßnahme seit der Antike darstellt, hätte die Geldaristokratie getroffen wie ehemals die Französische Revolution die Landaristokratie.

In der Sowjetunion wurde dies nach 1917 getan, und kurz darauf erreichten die deutschen Sozialdemokraten über eine Hyperinflation eine ähnliche Wirkung. Heute verfolgen einige Regierungen den in den 1920er Jahren verfolgten deutschen Kurs: Geld zu drucken, um die enormen Schulden, die sie aufgenommen haben zu zahlen. Die hieraus entstehende Inflation trafe gleichermaßen kleine und große Anleger. Die Alternative der Schuldenabschaffung dient dazu, die politische Meinung gegen den Hauptfeind der Bevölkerung – die Interessen der Rentiersklasse – zu polarisieren, während ihre Ausführung zum Wohle der Mehrheit sein würde.

### *3.7 Das staatliche Finanzwesen*

Dies führt uns zum allgemeinen Thema der staatlichen Finanzwirtschaft. Sozialistische Volkswirtschaften haben in der Regel ein höheres Niveau staatlicher Ausgaben als kapitalistische auf einer vergleichbaren Stufe wirtschaftlicher Entwicklung. Es ist wichtig, dass der Staat einen auf Steuern gründenden wirksamen Mechanismus zur Erhöhung der Einnahmen hat, wobei die Steuern leicht zu erheben und schwierig zu umgehen sein sollten.

Sozialdemokratische Staaten wie Schweden stützten sich im Wesentlichen auf Einkommenssteuern sowie eine effiziente öffentliche Verwaltung. Die UdSSR vertrauten auf eine Umsatzsteuer für die produzierenden Gewerbe und auf die von den staatlichen Unternehmen gemachten Gewinne. Welches dieser Modelle der Steuereinnahmen verwendet werden sollte, ist eine der zentralen strategischen Fragen, der sich eine Volkswirtschaft stellen muss, die dem Sozialismus entgegenstrebt.

Wir denken, dass das sowjetische Modell der Besteuerung einige Nachteile hatte, die auf lange Sicht zum endgültigen Zusammenbruch der sowjetischen sozialistischen Wirtschaft beitrugen.

- (1) Die Nutzung indirekter Steuern wie der Umsatz- oder der Mehrwertsteuern und der damit verstärkter Rückgriff auf Gewinneinkünfte versetzen den Staat in die Lage eines kollektiven Kapitalisten gegenüber den Arbeitern.
- (2) Die Nutzung indirekter Steuern wurde von Sozialisten traditionell als eine eher regressive denn progressive Form der Besteuerung abgelehnt.
- (3) Sie führte zu einer verzerrten Preisstruktur, die systematisch Arbeit zu Lasten wirtschaftlicher Effizienz unterbewertete.
- (4) Gewinne staatlicher Industrien sind eine versteckte Form von Einnahmen, die demokratischer Kontrolle nicht leicht zugänglich sind.

Wir werben daher nachdrücklich für einen Rückgriff auf Einkommens- und Vermögens- statt auf indirekte Steuern. Die Steuergrundlage der Europäischen Union sollte von der Mehrwert- zu einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer hin umgestellt werden.

Das Europäische Parlament sollte in der Lage sein, europaweit gültige Steuersätze anzupassen, um eine Mehrheit für ein EU-weites Referendum zu gewinnen. Zur Zeit kann das Parlament nicht eigenständig Steuern erheben, was eine fundamentale Bedingung für eine genuin demokratische Versammlung ist.

Doch angesichts des Misstrauens, das gegenüber der Europäischen Union existiert, wäre es unklug dem Parlament zu erlauben Steuern zu erheben oder zu ändern, ohne dass diese die Unterstützung der Bevölkerung hätten.

1. Entweder das Parlament oder Bürgerinitiativen sollten in der Lage sein, neue Unions-Steuern wie Zölle oder Besitzsteuern vorzuschlagen, insofern diese durch eine Volksabstimmung legitimiert sind.
2. Die Etats des Staatshaushaltes sollten, in ihren wesentlichen Dimensionen, einer Volksabstimmung unterworfen werden.
3. Die EU-Zentralbank sollte dem Parlament unterstellt sein.

## 4. Demokratisierung der EU

Die Aufteilung der administrativen sowie der ökonomischen Macht zwischen der EU auf der einen und den Nationalstaaten auf der anderen Seite hat zumindest teilweise die Rückkehr zu den alten sozialdemokratischen bzw. keynesianistischen Mitteln einer Rezession zu begegnen verstellt. Einschränkungen bei der Haushaltspolitik sowie mangelnde Kontrolle über die Währung und die Kapitalströme verhindern, dass Nationalstaaten eine klassische keynesianistische Politik verfolgen könnten. Gleichzeitig verfügt aber auch die EU weder über die Haushaltsmittel noch die Macht, in dieser Situation die Rolle der Nationalstaaten zu ersetzen. Eine Folge hieraus ist das Fehlen eines politischen Rahmens, innerhalb dessen die europäische Arbeiterbewegung sich selbst in Form einer klassischen sozialdemokratischen Politik zum Ausdruck bringen könnte.

Infolge des Fehlens einer klassischen sozialdemokratischen Politik kann es zu keiner Konstitution einer europäischen Arbeiterbewegung kommen, insofern eine solche sich nicht außerhalb einer politischen Partei (im weitesten Sinne des Wortes) konstituieren kann.

Daher argumentieren wir, dass es für die Arbeiterbewegungen Europas notwendig ist, sich eine eigene Version des Europäischen Internationalismus zu entwickeln, da weder die EU-Technokraten noch die besitzenden Klassen Europas in der Lage sind dies zu tun.

Die vorgeschlagene Demokratisierung stellt eine Rückkehr zu den ursprünglichen Prinzipien der europäischen Demokratie im antiken Griechenland dar (4), die die römischen republikanischen Elemente, die im Zuge der Französischen Revolution eingeleitet wurden, zu beseitigen sucht. In Herzen des Demokratisierungsprozesses müssen das Prinzip der Volkssouveränität und eine wahrhaft repräsentative Demokratie stehen:

1. Volkssouveränität ist gewährleistet in dem Recht der Initiative und einem über ganz Europa sich erstreckenden Referendum zu jeder Angelegenheit, für die eine ausreichende Mindestanzahl an Unterschriften aus genügend Ländern der EU gewonnen werden können. Eine solche direkte Teilnahme über eine verbindliche

Stimmabgabe europäischer Bürger und nicht als Bürger der jeweiligen Nationalstaaten, würde die Union zum wahrhaftigen Mittelpunkt der Politik machen. Das Recht der Initiative würde die Bildung von europaweiten Kampagnen und Bewegungen fördern. Es könnte umgehend von den Gewerkschaftsbewegungen Europas genutzt werden und würde ihnen einen Anstoß geben, sich in der Praxis zu vereinen. Wir entscheiden uns bewusst für diese jakobinische Position, die ein strenges demokratisches Zentrum befürwortet, denn nur dieses hätte die Macht, das international organisierte Big Business und Big Finance zu konfrontieren.

2. Wir wollen, dass das Parlament eine Einrichtung von Bürgern ist und keine Institution hoch bezahlter Eliten-Politiker. Zumindestens sollten Mitglieder jährliche Wahlen absolvieren. Wir treten ebenfalls ein für die Begrenzung einer Amts- oder Mandatszeit auf maximal zwei Jahre, um die Bildung einer Klasse von Berufspolitikern zu verhindern, die von der übrigen Bevölkerung geschieden wäre. Und idealerweise sollte zumindest die Hälfte des Parlaments durch das Los gewählt werden, anstatt wie gegenwärtig im Rahmen eines Parteilistensystems aufgestellt zu werden. Dies wiederum soll die Beteiligung der Bürger aller Klassen und Geschlechter erhöhen.
3. Die Mitglieder der EU-Kommission sollten aus dem und durch das Parlament gewählt werden, statt parteinominiert zu sein.
4. Das Parlament kann zu jedem Thema Gesetze erlassen, und sollte es mit einem Veto des Ministerrats konfrontiert sein, kann es ein Referendum der Bürger durchführen, um die Beschlüsse des Ministerrats aufzuheben.

## 5. Die Anordnung der Maßnahmen

Die o. g. Maßnahmen untergraben wichtige funktionale Bestandteile des Kapitalismus. Um ungünstige Konsequenzen zu verhindern, müssen daher zusätzliche alternative Maßnahmen durchgeführt werden.

Beendet man die Produktion von Mehrwert durch die Auszahlung des vollen Werts der Arbeit an die Arbeiter, würde Beschäftigung generell unprofitabel werden. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, dass Kapitalisten es vorzögen, ihr Geld auf der Bank zu lassen und Zinsen zu beziehen, statt es zu nutzen um Arbeiter zu beschäftigen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das Zinssystem *vor* der Einführung des Rechts auf den vollen Wert der Arbeit abgeschafft wird.

Ebenso notwendig wäre es, wie bereits erwähnt, dass die Arbeitnehmer in einem Co-Management-Ausschuss mit klarer Mehrheit der Beschäftigten die Firma verwalten, um zu verhindern, dass die Besitzer die Aktiva der Firma abziehen und dann eine unrentable Firma liquidiert wird.

Nach dieser Phase des Übergangs wird die Wirtschaft weiterhin kapitalistisch sein, aber die Rolle des Besitztums einzelner Kapitalisten wäre stark geschwächt. Die schwerwiegendsten Störungen des Wirtschaftsgeschehens würden im Finanzsektor auftreten, wo die Profitabilität von Aktienhandel und Investmentbanking-Firmen drastisch sinken würde. Aber dieser Niedergang wäre kontrollierbar und nicht schwerwiegender als die strukturellen Veränderungen vieler Schwerindustrien in den letzten 20 Jahren.

Eine zweite Phase des Übergangs umfasst die Entwicklung der Kapazitäten für die detaillierte Planung – den Aufbau des administrativen Systems, die Einrichtungen der demokratischen Kontrollmechanismen sowie die Implementierung der Computernetzwerke und Software, die für die Durchführung der von uns in unserem Buch vorgestellten Planung nötig wären. Zunächst würden diese Pläne nur richtungsweisend sein, später wären sie verpflichtend in dem Maße wie das System evolutioniert.

## 6. Schlussfolgerungen

Wir haben ein Modell für den Übergang der EU-Volkswirtschaften skizziert, welches sich von der aus der deutschen Sozialdemokratie entstandenen Tradition unterscheidet. Die drei Stufen des Übergangs sind in folgender Tabelle zusammengefasst.

Stufe	Geld(form)	Eigentum(srechte)	Koordination	Steuern
<b>1 (jetzt)</b>	Euro	Kapital noch Recht auf Wertschöpfung	Markt	Indirekte und direkte
<b>2</b>	Euro gebunden an Arbeit – Schulden aufgehoben	Arbeits-Recht auf Wertschöpfung – kein Zins	Markt und öffentliche Banken	Direkte und Eigentumssteuern
<b>3</b>	Euro Arbeitswert-konten – nicht zirkulierend	Arbeits-Recht auf Wertschöpfung – kein Zins	Konsumgütermärkte und kybernetische Koordination	Direkte Steuern und demokratischer Haushalt

Stufe 1 beschreibt die gegenwärtige Situation, Stufe 2 die Situation, während derer die von uns hier beschriebenen Transformationsmaßnahmen angewandt werden. Stufe 3 kann als die Situation des *Towards a New Socialism* beschrieben werden.

Anders als im klassischen sozialdemokratischen Prozess gibt es keine eigene Stufe der Verstaatlichung von Unternehmen und die damit einhergehenden Fragen, ob es im Zuge dessen zu einer Entschädigung kommen solle oder nicht. Stattdessen gibt es grundlegende Änderungen der Rahmenbedingungen im Unternehmensrecht, infolge derer die Arbeit und nicht das Kapital das Recht auf Aneignung der Wertschöpfung erwirbt. Es ist also für den Staat nicht erforderlich, Aktionäre zu enteignen oder zu entschädigen. Die Situation wäre analog zum 13. Zusatzartikel der

US-Verfassung, welcher die Sklaverei ohne Entschädigung für die Sklavenhalter abschaffte. Wir schlagen vor, dass die Union in gleicher Weise Lohnsklaverei abschafft. Aktionäre könnten weiterhin Anteile an Unternehmen besitzen, aber sie hätten kein Recht, daraus ein Einkommen zu beziehen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass dieses Neue Historische Projekt einer postkapitalistischen Zivilisation ein langer und komplexer Prozess ist, der Schritt für Schritt in demokratischer Weise und durch die Zusammenarbeit all jener, die in einer ethischen und demokratischen Welt leben wollen, realisiert werden muss. Doch wie wir alle wissen, selbst der längste Marsch beginnt mit einem ersten kleinen Schritt. Wir betrachten unser Programm als diesen ersten Schritt und fordern alle Interessierten zur Diskussion und Mitarbeit auf, um ein besseres Leben für alle zu konstruieren und den Planeten zu retten.

### *Literatur*

- [1] Paul Cockshott und Allin Cottrell. *Towards a New Socialism*, volume Nottingham. Bertrand Russell Press, 1993.
- [2] W.P. Cockshott und A. Cottrell. *Alternativen aus dem Rechner*. PapyRossa, 2006.
- [3] Lars T. Lih. *Lenin Rediscovered. What Is to Be Done? in Context*. Brill Academic Publishers, 2006.
- (4) Wir wissen, dass Frauen und Sklaven in Athen nicht wählen konnten, aber bis zum Anfang des frühen 20. Jahrhunderts konnten weder Frauen noch Arbeitnehmer in Europa im Rahmen des parlamentarischen Systems wählen. Wir sind selbstverständlich nicht für einen Rückfall in die Sklaverei und in das Patriarchat. Was wir sagen ist, dass die heutigen EU-Staaten ihr verfassungsrechtliches Modell abgeleitet haben von der römischen Republik über die Französische Revolution und dabei bewusst eine Staatsform übernahmen, die für die Herrschaft der besitzenden Klassen optimal war. Dies war auch der Grund für den Verrat der Reichen, als der römische Imperialismus das antike Griechenland invadierte. Die Republik wurde damals wie heute als ideale Herrschaftsform für die Herrschaft der Reichen angesehen.